

## Die Verteuerung des Berliner Verkehrs.

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reide tagte heute im Büro des Zweckverbandes Groß-Berlin der vom Verkehrsausschuß gewählte Unterausschuß zur Vorbereitung der beantragten Tarifierhöhungen der Berliner Verkehrsanstalten. Nach mehr als dreistündiger Beratung und nachdem Geheimer Baurat Krause und Professor Giese das einschlägige Material vorgelegt hatten, wurden die weiteren Beratungen auf 8 Wochen behufs Beibringung neuer Unterlagen vertagt.

Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn hat, wie wir hören, ihren Antrag auf Tarifierhöhung damit begründet, daß ihrer Ueberzeugung nach die Straßenbahn ohne eine ausreichende Tarifierhöhung in den nächsten Jahren notgedrungen ihrem wirtschaftlichen Verfall entgegengehen muß. Die Steigerung aller Ausgabenposten sei so gewaltig geworden, daß sie den im Verhältnis zu den Einnahmen geringen Reingewinn des Unternehmens aufzehren müsse. Diese Wirkung sei bisher nur deswegen noch nicht voll eingetreten, weil man jetzt noch mit einem beschränkten Fahrplan arbeite und das Betriebspersonal während des Krieges zum größeren Teile aus Hilfsarbeitern der untersten Gehaltsstufe bestehe.

In der Eingabe wird, wie wir hören, weiter darauf hingewiesen, daß eine Lohnerhöhung sämtlicher Angestellten unausbleiblich sei. Diese müsse mindestens auf 4 Millionen veranschlagt werden. Außerdem seien die Materialpreise jetzt durchschnittlich um nahezu 100 v. H. gestiegen und würden sich noch lange auf ähnlicher Höhe halten. Die notwendige Erneuerung der Geleisanlagen und des Wagenparks, die nur jetzt infolge des Mangels an Handwerkern und gutem Unterhaltungsmaterial trotz größter Bemühungen unmöglich war, würde sicherlich auch gegen 1 Million beanspruchen. Es ständen etwa 7 Millionen Mark Mehrausgaben für die nächste Zeit bevor, die keineswegs durch erhöhte Verkehrseinnahmen ausgeglichen werden können, da infolge baldiger Eröffnung der beiden neuen Schnellbahnen (Nord-Süd-Bahn und A.-E.-G.-Bahn) sowie durch Ausbau der städtischen Straßenbahn nach Eröffnung des Lindentunnels mit einer weiteren Abnahme der Zahl der Fahrgäste zu rechnen sei.

Die Verwaltung der Straßenbahn müsse alsbald nach Friedensschluß in der Lage sein, den zurückkehrenden Angestellten die für deren Lebenshaltung unbedingt notwendigen Grundätze zuzubilligen. Sonst seien schwere Lohnkämpfe unvermeidlich. Nur durch Erhöhung des Tarifs könne das schwer gefährdete Verkehrsunternehmen gesunden. Deswegen werde die Einführung eines Einheitstarifs für 18 Pfennig bei Entnahme von Fahrscheindbüdeln und von 15 Pfennig für Einzelfahrscheine gefordert, ferner eine Erhöhung der Zeitkarten um 25 v. H., sowie die Ausgabe von Umsteigefahrscheinen für 20 Pfennig.

Den Antrag auf Einführung eines Teilstreckentarifes, den die Direktion der Straßenbahn früher wünschte, habe sie deswegen fallen lassen, weil er doch nicht bei dem wider alles Erwarten gestiegenen Löhnen und Materialpreisen ausreiche, oder die Strecken müßten so kurz bemessen werden, daß sie den Fahrgästen nicht genügten. Außerdem sei der Einheitstarif für die Fahrgäste weit bequemer. oc.